

Kantonsrat

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 12. Mai 2026
Kantonsratspräsidentin Widmer Reichlin Gisela

P 448 Postulat Studhalter Irina und Mit. über ausserschulische Kinder- und Jugendförderung / Gesundheits- und Sozialdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.
Irina Studhalter hält an ihrem Postulat fest.

Irina Studhalter: Wenn Sie sich an nur eine Botschaft von mir erinnern, dann wünsche ich mir, an diese: Unsere Jugendlichen im Kanton Luzern sind Expertinnen und Experten ihres Alltags, ihres Jugendlichseins, und sie haben diese Ungleichbehandlung in der Kinder- und Jugendförderung festgestellt. Das ist der Hauptgrund, weshalb wir heute über dieses Postulat diskutieren. Die Jugendlichen der Jugendsession sind Expertinnen und Experten und haben dieses Anliegen eingebracht. Was sie festgestellt haben, ist simpel: Die Kinder- und Jugendförderung oder einfach die Jugendarbeit ist von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich gross. Das heisst, dass die einen mit verschiedenen Unterstützungsangeboten aufwachsen und die anderen komplett ohne. Zusätzlich hat sich die Jugendsession 2024 für regionale Angebote ausgesprochen, weil ein Teil der Jugendlichen seinen Freundschaftskreis nicht im eigenen Dorf hat, sondern in der nächstgrösseren Stadt, beispielsweise nicht in Triengen, sondern in Sursee. Ich lese Ihnen einen Aufruf des Jugendparlaments des Kantons Luzern vor: «Das Jugendparlament anerkennt die Verantwortung der Gemeinden und die bestehenden Angebote respektive die Unterstützung seitens des Kantons Luzern in diesem Bereich. Dennoch hält es daran fest, dass der Kanton einen substanziellen Unterstützungsbeitrag leisten soll. Damit könnte der Kanton die Differenzen zwischen den Gemeinden ausgleichen und die bestehenden Angebote verbessern. Das Jugendparlament Kanton Luzern bedauert, dass sich der Regierungsrat nicht stärker für ausserschulische Angebote einsetzt und ruft alle Mitglieder des Kantonsrates dazu auf, das Postulat anzunehmen, um die Gesundheit der Jugend zu stärken.» Ich knüpfe am letzten Punkt an: Das Postulat will die Jugendarbeit nicht von den Gemeinden wegnehmen. Das ist nicht die Forderung des Postulats. Es will die Jugendarbeit in den Gemeinden und regional stärken. Es soll eine substanzielle Unterstützung für die Gemeinden sein und in der Folge für die Jugendlichen in unserem Kanton. Das widerspricht der Forderung nicht, sondern kann genauso ausgestaltet werden. Das ist die Forderung des Postulats. Es dreht sich also nicht um die Frage der Gemeindeautonomie, sondern darum, Jugendliche zu stärken oder nicht. Ich möchte Sie nochmals daran erinnern, dass die Jugendlichen diese Versorgungslücke thematisiert haben und sie wissen, wovon sie sprechen. Ich bitte Sie daher, der Erheblicherklärung zuzustimmen.

Sibylle Boos-Braun: Das von der Jugendsession aufgenommene Thema ist wichtig: Junge

Menschen wünschen sich Räume für Begegnung, Austausch und Mitgestaltung. Das ist ein wichtiges Bedürfnis und ein zentraler Beitrag für die Entwicklung und Integration von Kindern und Jugendlichen. Trotzdem ist die FDP-Fraktion der Meinung, dass dieses Postulat nicht der richtige Weg dazu ist. Einerseits, weil wir im Kanton Luzern in diesem Bereich eine klare Aufgabenteilung haben. Die Verantwortung für die ausserschulische Kinder- und Jugendförderung liegt klar und auch bewusst bei den Gemeinden. Weshalb? Weil sie die lokalen Bedürfnisse, die bestehenden Angebote und die Herausforderungen am besten kennen. Die Zuständigkeit der Gemeinden ermöglicht flexible und bedarfsgerechte Lösungen vor Ort. Zudem engagiert sich der Kanton bereits heute über Projekte, Anschubfinanzierungen, Sport- und Gesundheitsförderung oder mit Beiträgen aus dem Swisslos-Fonds. Diese Unterstützung ermöglicht gezielte Impulse, ohne die bewährte Aufgabenverteilung zwischen den beiden Staatsebenen infrage zu stellen. Wichtig ist auch zu erwähnen, dass die allermeisten Gemeinden bereits über Angebote der offenen Kinder- und Jugendarbeit verfügen, zum Teil auch in einer regionalen Zusammenarbeit. Das zeigt, dass das heutige System grundsätzlich funktioniert. Wo Lücken bestehen, die gibt es, denn die Bedürfnisse ändern sich laufend, sollen diese weiterhin lokal oder regional gelöst werden. Wir nehmen das Anliegen der Jugendlichen ernst, aber eine neue gesetzliche Mitfinanzierung des Kantons und somit ein Systemwechsel ist aus unserer Sicht nicht der richtige Weg. Aus diesen Gründen lehnt die FDP-Fraktion das Postulat ab.

Tobias Lang: Die Jungparlamentarierinnen und Jungparlamentarier haben ein wichtiges Thema auf das politische Parkett gebracht: Kommunale und regionale Kinder- und Jugendförderangebote sind ein Bedürfnis. Wir dürfen nicht zufrieden sein, dass 15 Prozent der Gemeinden keine entsprechenden Angebote bereitstellen. Gleichzeitig sind wir der Meinung, dass die bedarfsgerechte Ausgestaltung in der Verantwortung der Gemeinden bleiben soll. Eine gesetzliche Verankerung einer dauerhaften kantonalen Mitfinanzierung der offenen Kinder- und Jugendarbeit würde einen Systemwechsel bedeuten, was aus unserer Sicht nicht zielführend ist. Wie von Sibylle Boos-Braun bereits ausgeführt, kennen die Gemeinden die örtlichen Gegebenheiten und Bedürfnisse am besten. Sie können auch mit anderen Gemeinden zusammen überregionale Angebote auf die Beine stellen und so den Bedürfnissen der Jugendlichen Rechnung tragen. Liebe Jungparlamentarierinnen und Jungparlamentarier: In diesem Sinn ermuntern wir euch, bleibt dran und setzt euch auf Gemeindeebene für eure Anliegen ein. Das Postulat lehnen wir aus den geschilderten Überlegungen ab.

Monika Schnydrig: Die ausserschulische Förderung ist ein wichtiges Thema für Integration, Prävention und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Gleichzeitig zeigt der Blick auf die heutige Situation auch, dass die zentralen Anliegen bereits weitgehend erfüllt sind. In unserem Kanton bestehen zahlreiche Angebote, allein auf Gemeindeebene engagieren sich Dutzende von Vereinen, Jugendorganisationen und Sportclubs. Über 60 bis 70 Prozent der Kinder und Jugendlichen nehmen regelmässig an Vereins- oder Freizeitaktivitäten teil. Dazu kommen Arbeit der offenen Jugendarbeit, die jährlich mehrere Tausend Jugendliche erreichen. Auch finanziell wird in diesem Bereich bereits stark unterstützt: Die Gemeinden und der Kanton investieren zusammen jährlich viele Millionen Franken in die Kinder- und Jugendförderung, sei es über direkte Beiträge, Infrastruktur oder Projektförderung. Diese Mittel fließen gezielt in bewährte Strukturen. Entscheidend ist zudem, und darum geht es auch, dass die Zuständigkeiten klar geregelt sind. Die operative Umsetzung liegt primär bei den Gemeinden und privaten Trägerschaften, während der Kanton subsidiär unterstützt. Diese Aufgabenteilung hat sich bewährt und ermöglicht flexible, bedarfsgerechte Lösungen vor Ort. Vor diesem Hintergrund würde eine zusätzliche Prüfung, wie sie das Postulat verlangt, vor

allem administrativen Aufwand verursachen, ohne dass ein konkreter Mehrwert ersichtlich ist. Die vorhandenen Berichte und Strategien liefern bereits eine ausreichende Grundlage. Die SVP-Fraktion ist deshalb der Ansicht, dass die bestehenden Angebote gestärkt und nicht durch zusätzliche Abklärungen belastet werden sollen. Aus diesen Gründen folgt die SVP-Fraktion dem Antrag des Regierungsrates und lehnt das Postulat ab.

Milena Bühler: Die Kinder- und Jugendförderung ist wichtig für soziale Beziehungen, Teilhabe, Integration und Prävention. Im Kanton Luzern bestehen heute zwar vielerorts bereits Angebote der öffentlichen Kinder- und Jugendarbeit. Die Realität ist aber von Gemeinde zu Gemeinde sehr unterschiedlich. Es gibt Gemeinden mit professionellen Strukturen, andere verfügen aber kaum über Angebote, keine regionalen Lösungen und keine überregionale Vernetzung. Laut Stellungnahme des Regierungsrates verfügen 85 Prozent der Gemeinden bereits über entsprechende offene Kinder- und Jugendangebote. Das heisst aber noch lange nicht, dass diese 85 Prozent über ein ausreichendes Angebot verfügen. Genau dort gilt es anzusetzen. Kinder- und Jugendförderung bedeutet weit mehr als physische Freizeitangebote oder physische Räume. Sie ermöglicht niederschwellige Begleitung, stärkt die Gesundheitskompetenz, unterstützt die Integration und schafft Möglichkeiten, um Verantwortung zu übernehmen und sich einzubringen. Auch mit Blick auf die psychische Gesundheit der jungen Menschen ist dieses Thema wichtig. Junge Menschen benötigen Raum, Austausch und niederschwellige Angebote oder Ansprechpersonen. Nicht ohne Grund hat die Juso im Herbst zusammen mit einigen weiteren Jungparteien ihre Initiative zur Stärkung der psychischen Gesundheit von Jugendlichen lanciert. Genau deshalb ist es richtig und wichtig zu prüfen, wie der Kanton die Gemeinden und regionale Strukturen stärker fördern und nicht nur punktuell unterstützen kann. Es geht nicht darum, die Gemeinden von der Verantwortung zu entbinden, sondern verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen und die Unterschiede zwischen den Gemeinden zu reduzieren. Ich denke, das ist angesichts der gesellschaftlichen Entwicklung zentral und zukunftsgerichtet. In der laufenden Debatte haben wir oft gehört, wie wichtig wir Jungen seien, aber tun wollen Sie nichts. Deshalb rufe ich alle Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter auf, in ihren Gemeinden genauer hinzuschauen und nicht einfach die Verantwortung auf die jungen Menschen im Kanton zu schieben. Viele sind noch nicht in der Position, um auch tatsächlich unternehmen zu können. Deshalb bitte ich Sie, genauer hinzuschauen. Einfach das Thema anzuerkennen und zu sagen, dass wir Jungen wichtig sind, das reicht nicht. Die SP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

Sabine Heselhaus: Ich habe die Ausarbeitung des Postulats im Jugendparlament begleitet. Ich bin etwas enttäuscht und schliesse mich Irina Studhalter an: Das ist die Stimme derer, die betroffen sind. Sie haben aus einem Potpourri von vielen Ideen dieses Thema ausgewählt. Das heisst, es gibt also einen Bedarf. Ich rege dazu an, diesen Bedarf wahrzunehmen und ihn in das zu transformieren, was wir als Erwachsene im Prinzip wollen, nämlich die psychische und physische Gesundheit dieser jungen Menschen zu stärken. Wie im Postulat formuliert, ist das eines der Anliegen, das scheinbar durch Sportvereine und andere Angebote nicht ganz abgedeckt wird. Ich bitte Sie, das nochmals zu bedenken und der Erheblicherklärung zuzustimmen.

Laura Spring: Ich danke Sabine Heselhaus für ihr wichtiges Votum und die Erklärung, wie das Postulat zustande gekommen ist. Diejenigen, die das Postulat ablehnen, haben das unter anderem mit der Gemeindeautonomie begründet. Das Postulat verlangt aber die Prüfung einer substanziellen Beteiligung seitens des Kantons an kommunalen und regionalen Kinder- und Förderangeboten. Dass damit die Gemeindeautonomie eingeschränkt werden sollte, ist an den Haaren herbeigezogen. Das stimmt so nicht. Der Kanton würde die finanzielle

Beteiligung prüfen, wie er die Gemeinden besser unterstützen kann. Genau die Gemeinden, die das beispielsweise infolge struktureller Schwächen auf diesem Niveau nicht allein leisten können. Die Verantwortung einfach bei den Gemeinden zu belassen, ist einfach ein Treten nach unten. Die Jugendlichen aus den Gemeinden, die solche Angebote nicht leisten können, werden deshalb darunter leiden. Diesen die Unterstützung zu verweigern, hängt eher mit finanzpolitischen Überlegungen zusammen. Es wäre nur fair, sich entsprechend zu äussern, gerade gegenüber den Jugendlichen, die sich bei der Ausarbeitung des Postulats sehr viel überlegt haben. Seien Sie bitte klar in Ihrer Argumentation und erklären, weshalb Sie das Postulat ablehnen.

Stephan Schärli: Das Anliegen des Postulats ist nachvollziehbar und sehr wichtig. Es ist wichtig, dass wir Kinder und Jugendliche fördern. Es ist aber nicht korrekt, dass der Kanton nichts tut. Der Kanton unterstützt solche Angebote bereits punktuell und das sehr wirkungsvoll. Ich möchte nicht alle entsprechenden Voten wiederholen, denn diese waren zum Teil sehr gut. Ich möchte damit sagen, dass mit dem Postulat ein Systemwechsel entstehen würde. Es ist wichtig, dass der Entscheid und die Zuständigkeit bei den Gemeinden liegen und es bewusst ist, dass sich der Kanton bereits beteiligt. Deshalb ist es wichtig, dass wir als Mitte das Postulat ablehnen.

Pia Engler: Es ist extrem wichtig, dass die Kinder- und Jugendarbeit gesetzlich verankert wird. Wir kennen das: In jeder Debatte über den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) und in jeder Debatte in den Gemeinden: Wenn etwas nicht gesetzlich gebunden ist, kommt es zu ungebundenen Ausgaben. Das ist der Bereich, der gestrichen wird. Es ist Fakt, dass die Kinder- und Jugendarbeit immer darunter leidet. Das kennen Sie auch aus Ihren eigenen Gemeinden. Deshalb müssen wir mittel- und langfristig dafür sorgen, eine gesetzliche Grundlage für diese wichtige Arbeit zu schaffen. Wir können nicht ständig von Prävention sprechen und uns beklagen, dass so viele Kinder und Jugendliche Probleme haben und man deshalb mit sehr teuren Massnahmen operieren muss. Wir müssen am Anfang der Kette bei der Kinder- und Jugendarbeit ansetzen und diese gesetzlich verankern. Sie muss abgesichert sein, damit sie nicht immer wieder zwischen Stuhl und Bank fällt.

Sibylle Boos-Braun: Es geht nicht um die Gemeindeautonomie, sondern um eine neue Aufteilung der Finanzierung, denn das wäre eine neue Verbundaufgabe. Mit einer kantonalen Mitfinanzierung würde der Kanton auch mehr Einfluss auf die Ausgestaltung der Angebote erhalten. Das ist nicht nur förderlich. Die Jugendförderung lebt von lokalen und flexiblen Lösungen. Eine Zentralisierung könnte auch bürokratischer sein. Deshalb setzen wir dieses Geld vor Ort gezielt für Lücken ein.

Monika Schnydrig: Der Kanton kann bereits jetzt Unterstützung bieten. Aber es steht deutlich, dass eine gesetzliche Grundlage für eine dauerhafte, strukturierte Mitfinanzierung kommunaler oder regionaler Angebote nicht besteht. Eine solche Regelung würde eine neue Verbundaufgabe zwischen Kanton und Gemeinden bedeuten und hätte weitreichende finanzielle und föderale Konsequenzen.

Milena Bühler: Hören Sie doch damit auf, junge Menschen in diesem Kanton als administrativen Aufwand zu betrachten, sondern als unsere Zukunft. Wenn wir dort investieren, gewinnen wir nur für die Zukunft.

Für den Regierungsrat spricht Gesundheits- und Sozialdirektorin Michaela Tschuor.

Michaela Tschuor: Auch unser Rat anerkennt die Bedeutung der ausserschulischen Kinder- und Jugendförderung ausdrücklich. Es ist sehr wichtig und richtig, dass das Jugendparlament sich entsprechend einsetzt. Kinder und Jugendliche brauchen Räume für Begegnung, Mitwirkung und soziale Teilhabe. Das ist uns allen sehr klar. Sie brauchen vor allem ein niederschwelliges Angebot, in dem sie begleitet, unterstützt und auch ernst genommen

werden. Partizipation ist hier das Schlagwort. Die Niederschwelligkeit ist in den Gemeinden gegeben. Der Kanton Luzern hat einen gesetzlichen Auftrag der vorsieht, dass die Gemeinden für die Kinder- und Jugendarbeit zuständig sind und der Kanton subsidiär. Das bedeutet auch, dass die Gemeinden angehalten sind, im Rahmen des kantonalen Kinder- und Jugendleitbilds dafür zu sorgen, dass eine offene Jugendarbeit stattfindet, Treffpunkte, Jugendräume und Beteiligungsmöglichkeiten in den Kommunen für junge Menschen vorhanden sind. Auch ich als ehemalige Gemeindepräsidentin weiss, dass wenn der Rotstift angesetzt wird, das schnell einmal bei der Jugendarbeit der Gemeinde geschieht. Das ist mir bewusst, aber hier geht es darum, dass der Kanton weiterhin sensibilisiert und die Gemeinden aufmerksam macht, dass sie Unterstützung vom Kanton erhalten. Auch hier haben wir verschiedene Programme, um die Gemeinden beim Aufbau von Kinder- und Jugendräumen zu unterstützen. Die Niederschwelligkeit ist wichtig. Es geht nicht um eine komplette Aufgabenverschiebung, sondern wenn man den Kanton mehr in die Finanzierung einbeziehen würde, käme es zu einer neuen Verbundaufgabe zwischen Kanton und Gemeinden. Heute haben wir eine gesetzliche Grundlage seitens der Gemeinden. Entsprechend würden finanzielle und föderale Konsequenzen folgen. Hier rufe ich gerne in Erinnerung, dass zwischen den beiden Staatsebenen kürzlich der Entwicklungsbericht ausgehandelt wurde. Weitere Verbundaufgaben zwischen den Staatsebenen sollen im Rahmen von Aufgaben- und Finanzreformen erfolgen. Das ist auch Bestandteil dieses Deals, der im Entwicklungsbericht vorgenommen wurde. In diesem Sinn ist unser Rat sehr wohl der Meinung, dass die Kinder- und Jugendförderung ein Schwerpunkt ist. Wir sind bereit, die Gemeinden über den Kanton weiter zu stützen und zu sensibilisieren. Aber die Aufgabe bleibt bei den Kommunen. Dort ist die Niederschwelligkeit für eine Partizipation am richtigen Ort angesiedelt. In diesem Sinn beantragen wir die Ablehnung des Postulats.

Der Rat lehnt das Postulat mit 78 zu 31 Stimmen ab.